

LandInForm

2/2017
AUSZUG

Herausgeber:
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
dvs@ble.de
www.land-inform.de

„Schweigen heißt Zustimmung“

Der weltweit erstarkende Rechtsextremismus ist auch in dörflichen Strukturen ein Thema. Mit einer neu aufgelegten Studie zeigt der Bund der Deutschen Landjugend Handlungsoptionen auf. [VON CARINA GRÄSCHKE]

Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Wer nach diesem Motto lebt, ebnet dem Rechtsextremismus den Weg. „Schweigen heißt Zustimmung“ ist deshalb der Titel der neu aufgelegten Studie des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) e. V.: Sie nimmt die schleichende Vereinnahmung der Dörfer durch Rechtsextreme in den Blick – eine Entwicklung, gegen die sich der BDL seit Jahren engagiert. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement hat die Studie aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert.

Rechte Tendenzen

Im Auftrag des Jugendverbandes haben die Verfasser der Studie, Professor Dr. Titus Simon und sein Team von der Hochschule Magdeburg-Stendal, landesbezogene Expertisen und Literatur ausgewertet. Sie besuchten außerdem Fachforen, Treffen und Konferenzen zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure sowie – verdeckt – Veranstaltungen von NPD, AfD, Pegida Dresden und Magida in Magdeburg. Zudem sichteten sie die Verfassungsschutzberichte der Länder und des Bundes sowie die Materialien einschlägig tätiger Verbände, Behörden, Institutionen und zivilgesellschaftliche Gruppen. Seit Erscheinen der Studie „Es wächst nicht einfach

Gras darüber“ im Jahr 2009 stellen die Autoren bis heute drei maßgebliche Entwicklungen fest: einen gewachsenen Rechtsterrorismus, den sich verbreiteten Rechtspopulismus und die „Verbreiterung rechtsextremer Erlebniswelten“, die „insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv sind“.

Auch Gegenwind wird stärker

Auf der anderen Seite hat „es große Fortschritte bei der Entwicklung von Strukturen, Programmen, Projekten und Maßnahmen gegeben, die sowohl der akuten Intervention als auch der Entwicklung von nachhaltiger Rechtsextremismusprävention dienen.“ Das wird insbesondere in den Bestandsaufnahmen der Flächenbundesländer deutlich. Kurzexpertisen zum Rechtsextremismus machen die Unterschiede in den jeweiligen Regionen greifbar. So seien beispielsweise in Baden-Württemberg „vielfältige lokale Bündnisse und Bürgerinitiativen – oft als Gegenreaktion auf lokale Stimmungslagen gegen Flüchtlingsunterbringungen – entstanden“, beschreibt Günter Bressau, Landeskoordinator des Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die aktuelle Situation. Flächendeckend sei ein demokratisches Selbstbewusstsein unter den lokalen Bündnissen spürbar und zugleich ein hohes Engagement zur

Schaffung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge. In Mecklenburg-Vorpommern bauen vielerorts hingegen Rechtsextreme gezielt rechtsorientierte Erlebniswelten und Netzwerke zur Verbreitung ihrer Theorien auf, während Kultur- und Freizeitangebote der kommunalen Seite verschwinden. Doch geschieht dies nicht ohne Widerstand: Es gebe „kaum noch öffentliche oder nicht-öffentliche Bereiche, die nicht für das Themenfeld ‚Stärkung von Demokratie und Toleranz – Bekämpfung von Rechtsextremismus‘ sensibilisiert sind“, charakterisiert Jochen Schmidt die Situation im Nordosten. Fünf Regionalzentren für Demokratie unterstützen im Bundesland die Bürgergesellschaft.

Toleranz durch Teilhabe

Für die Handlungsempfehlungen im Schlusskapitel haben die Autoren nicht nur die Ergebnisse von Gesprächen mit Experten einbezogen, sondern auch die bisherige Praxis analysiert und ausgewertet. Aus ihrer Sicht stellt „das Leben in einer gefähigungsarmen, entspannten, soziale Sicherheit ausstrahlenden und fühlbare Mitwirkung gewährenden Demokratie die wohl bestmögliche Form der Eindämmung von Rechtsextremismus“ dar. Dabei sei es von entscheidender Bedeutung, dass glaubwürdige Regionalakteure



in verantwortlichen Positionen gegen Ängste, Hetze und Vorurteile, aber auch für die Entwicklung konstruktiver Lösungen eintreten. Zudem sei es wichtig, dass „die Menschen die Erfahrung machen, dass sie im Gespräch ‚mit denen da oben‘ etwas erreichen können“.

Begegnungsorte schaffen

Die Studie beschreibt viele Beispiele erfolgreicher und erfolgversprechender Konzepte zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in den Regionen, die sich auch in anderen Bundesländern nutzen lassen. Als demokratiefördernde Einrichtungen werden Dorfläden empfohlen – nicht nur zur Verbesserung kommunaler Versorgung, sondern auch als Orte des Zusammentreffens, für gemeinsames Arbeiten und kulturelle Aktivitäten. Der zarte Trend zur Rekommunalisierung von Maßnahmen sei vielversprechend, so die Einschätzung der Autoren. Sie regen auch die Wiederbelebung der Institution eines Dorfkümmers an, der unter anderem bei EU-Förderanträgen unterstützen könne. Denn „oftmals fehlen kleinen Antragstellern die Lotsen, um an der Schnittstelle zwischen europäischer Sozial- und Strukturpolitik erfolgreich agieren zu können“. All die genannten Maßnahmen stärken die Strukturen der Zivilgesellschaft: Sie fördern demokratische Prozesse und tragen so zur Verbesserung der demografischen Entwicklung vor Ort bei.

Vereine und Verbände fördern

Eine wichtige präventive Funktion erfüllen außerdem Angebote der Vereins- und Verbandsarbeit – eine traditionell auf dem Land stärker verankerte Form der Organisation.

Als Allheilmittel können sie jedoch nicht verstanden werden: Vielmehr müsse „Partizipation praktisch mit allen Jahrgängen in der Kinder- und Jugendarbeit immer wieder neu entwickelt werden. Wichtig dabei sind Durchhaltevermögen, Kreativität und altersgleiche Multiplikatoren“. Es sei unumgänglich, „endlich mit demokratiefördernder Strukturentwicklung in den prekären ländlichen Räumen ernst zu machen“, stellt Prof. Simon am Ende klar. Haupt- und ehrenamtlich geleistete Jugend- und Jugendverbandsarbeit hätten dabei „ihre Beiträge zu leisten. Sie sollten aber nicht wieder, wie dies früher der Fall war, neben Polizei und Justiz zu den Alleinzuständigen für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gemacht werden“. Es brauche vielmehr eine gesamtgesellschaftliche Strategie, die alle Akteure, Entscheidungsträger und Institutionen einbezieht. Wo sich Engagement nicht nur auf Aktionen gegen die extrem rechte Szene beschränkt, sondern dauerhaft und aktiv für eine vielseitige Gemeinschaft vor Ort wirkt, hat Rechtsextremismus keine Chance. Die Experten raten zu einer Raumplanung, die langfristig angelegt ist. Als Politikberatung – verzahnt mit der Jugendhilfeplanung – sei sie unabdingbar für eine gelingende nachhaltige Dorfentwicklung. ■



SERVICE:

Auf der Seite www.landjugend.de steht die Studie „Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen“ kostenfrei zum Download bereit. Das gedruckte Buch, Erscheinungsjahr 2017, kann beim BDL per Mail an: info@landjugend.de bestellt werden (Portokosten trägt der Besteller). ISBN 978-3-00-055217-5



KONTAKT:

Carina Gräschke
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Bund der Deutschen Landjugend (BDL) e. V.
Telefon: 030 31904 258
c.graeschke@landjugend.de
www.landjugend.de

Nur noch kooperativ

Agrarumweltmaßnahmen in den Niederlanden und in Deutschland waren sich sehr ähnlich. Das hat sich 2016 geändert, denn unsere Nachbarn haben ihr System radikal umgestaltet. [VON JAN FREESE]

Seit 2016 werden Agrarumweltmaßnahmen in den Niederlanden regional umgesetzt und sollen zu Zielen beitragen, die zu der Region passen: Dort stehen dann beispielsweise überwinternde Gänse im Fokus.

Niederländische Landwirte, die etwas für den Gewässer-, Umwelt- und Naturschutz tun wollten, konnten bis vor eineinhalb Jahren freiwillig an Agrarumweltmaßnahmen (AUM) teilnehmen. Allerdings stand das Modell seit Langem in der Kritik: Wissenschaftler zeigten wiederholt auf, dass die Maßnahmen ihre Ziele, beispielsweise den Schutz wiesenbrütender Vögel, nicht erreichten. Viele Landwirte schreckten zudem vor dem Verwaltungsaufwand und die mit den Maßnahmen verbundenen Kontrollregelungen ab; und die Verwaltung ächzte unter der aufwendigen Administration und Kontrolle. Das System und auch die Kritikpunkte daran ähnelten der Situation mit AUM in Deutschland.

Anders als in Deutschland wurde in den Niederlanden der politische Druck aber so groß, dass man das System aufgab und Anfang 2016 den Agrarumweltschutz innerhalb der EU-Agrarpolitik, und damit in der laufenden ELER-Förderperiode, gänzlich neu startete. In dem neuen System konzentrieren sich die AUM auf die Bereiche Biodiversitäts- und Wasserschutz. Und sie werden ausschließlich über rund 40 Kooperationen – sogenannte Collectieve – abgewickelt.

Ausgangspunkt: landwirtschaftliche Naturvereine
Seit über 20 Jahren schließen sich in den Niederlanden Landwirte, die einen Bezug zur Erhaltung der Kulturlandschaft haben, in sogenannten „Agrarischen Natuurverenigingen“, übersetzt Landwirtschaftliche Naturvereine, zusammen. 2012 gab es über 150 solcher Zusammenschlüsse. Darüber hinaus kooperieren

Landwirte in den Niederlanden traditionell und insbesondere im Bereich der Entwässerung miteinander. Die niederländischen „Watershappen“, derzeit 24 regionale Organisationen zur Selbstverwaltung der Wasserwirtschaft, ähneln zwar den deutschen Wasser- und Bodenverbänden. Aber sie spielen für die Landwirte eine zentralere Rolle: Die Nutzung von Poldern, der Hochwasserschutz und die Entwässerung haben in den Niederlanden eine große Bedeutung und werden gemeinschaftlich organisiert und durchgeführt.

Auf diese Tradition der Zusammenarbeit und die existierenden Kooperationen stützt sich das neue AUM-Konzept der niederländischen Regierung. Sie erprobte von 2011 bis 2013 die regionale und kooperative Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen in vier Pilotgebieten: in der „Moor-Grünlandregion Laag Holland und Waterland“ nördlich von Amsterdam, in der Ackerbauregion Ost-Groningen, der Region „Wiesenvögel- & Gänsemanagement und Hecken“ in Nordfriesland sowie in der „Heckenlandschaft in Winterswijk“. Die in diesen Pilotgebieten gesammelten Erfahrungen wurden dazu genutzt, ab 2013 die kooperative Umsetzung landesweit vorzubereiten.

Biodiversitäts- und Wasserschutz
Mit der Neukonzeption der Agrarumweltmaßnahmen ging auch eine thematische Konzentration einher. Für jede Region wurden von Wissenschaftlern der Universität Wageningen gemeinsam mit den Akteuren die wichtigsten Maßnahmen für die regionalen Ziele ausgewählt: In einer Region stehen Wiesenvögel oder überwinternde Gänse im

Fokus, in einer anderen können es Ackerfauna und Ackerflora sein. Die Forscher und regionalen Akteure legten in Kulissen fest, wo die jeweils definierten Maßnahmen angewendet werden können. Dieses Vorgehen, Maßnahmen nur in Kulissen anzubieten, kennt man in Deutschland beispielsweise im Vertragsnaturschutz.

Seit 2013, dem Inkrafttreten der letzten EU-Agrarreform, mussten für die landesweite Umsetzung des neuen Systems Maßnahmen entwickelt und Kulissen abgestimmt werden. Das Wichtigste war aber, dass sich aus den rund 150 oft nur kleinräumig tätigen Naturvereinen die derzeit 40 schlagkräftigen Gebietskooperativen entwickelten. Diese „Collectieve“ übernehmen als neue regionale Institutionen die Ansprache der Landwirte und die Umsetzung der Maßnahmen. Dazu müssen sie vom ersten Tag an gemäß den ELER-Vorgaben EU-konform handeln, also auch Maßnahmen- und Kontrolldatenbanken befüllen. Seit 2014 werden Schulungen angeboten, um die hohen Qualitätsanforderungen an Personalausstattung, Managementprozesse und EDV-System zu erfüllen.

Die Collectieve müssen auch die Kontrollen der Maßnahmenumsetzung organisieren und durchführen. Sie handeln jährlich mit den Provinzen – den Verwaltungseinheiten, deren Aufgaben denen der Bundesländer ähneln – die konkreten regionalen Ziele aus. Dazu vereinbaren sie einen Plan für sechs Jahre und schließen jährliche Verträge über die minimale und maximale Maßnahmenfläche sowie die mittlere Förderungssumme je Hektar. Dann



akquirieren die Gebietskooperationen Landwirte für die Teilnahme und schließen mit ihnen Privatverträge über die Maßnahmen. Für die Verwaltung schrumpft so die Anzahl der Verträge von vorher etwa 13 500 Agrarumweltverträgen pro Jahr mit Landwirten auf 40 Verträge mit den Gebietskooperationen.

Hohe Anforderungen an neue Institution

Natürlich gibt es weiterhin staatliche Kontrollen gemäß den EU-Vorgaben (INVEKOS) und es gilt das Sanktionssystem der Europäischen Union, das Abweichungen ahndet. Sie können in den Niederlanden nun auf zwei Ebenen auftreten. Wird eine Maßnahme auf einer konkreten Fläche nicht absprachegemäß umgesetzt, verliert die Fläche die Förderfähigkeit. Für die Gebietskooperation kann diese Fläche dann nicht mehr zu den vereinbarten Zielen beitragen. Der verantwortliche Landwirt wird aber nicht direkt sanktioniert, das ist alleine Angelegenheit zwischen Landwirt und Kooperation. Erreicht die Gebietskooperation die von ihr benannten Flächenziele nicht, folgen finanzielle Sanktionen für die Gebietskooperation.

Wie sie Landwirte ansprechen, Maßnahmen bezahlen und eine Eigenkontrolle realisieren, liegt in der Verantwortung der Gebietskooperationen. Sie müssen auch Regelungen finden, wie sie mit Fehlern und Abweichungen umgehen und wer im Sanktionsfall die Kosten trägt. Zudem gilt es, die Collectieven zu finanzieren. Dazu nutzen die Niederlande die Möglichkeit, die nationalen Förderpauschalen

für die Maßnahmen mit einem zusätzlichen Top-up von 15 Prozent zu versehen.

Gemischte Bilanz

Ein klarer Gewinn des neuen Systems ist, dass die Evaluierung der Naturschutzwirkungen von Anfang an mitgeplant und finanziert ist. So sind schon jetzt Erfolge zu erkennen, wie zunehmende Vogelzahlen durch Maßnahmen für Feuchtlebensräume. Viele der Ackermaßnahmen zeigen allerdings im Verhältnis zum Aufwand bisher kaum oder lediglich kleine positive Entwicklungen. Und es hakt noch an einigen Stellen: in der Verwaltung, bei der Dokumentation und Kontrolle oder auch in der Zusammenarbeit zwischen nationaler Regierung, Provinzen, Gebietskooperationen und Akteuren aus Landwirtschaft und Naturschutz. Es bleibt abzuwarten, ob die zusätzliche Institution der Collectieven auch die Anpassungsfähigkeit der Maßnahmen und des Kontrollsystems verbessert.

Es lässt sich ein weiteres Fazit ziehen: Für die Landwirte gibt es Flexibilisierungen. Auf welchen Flächen, welche Maßnahmen durchgeführt werden, lässt sich jedes Jahr ändern und Maßnahmen können bis 14 Tage vor dem tatsächlichen Beginn der Umsetzung gemeldet werden. Die Gebietskooperationen – und auch Freiwillige wie Vogelzähler und Gebietsbetreuer – bringen sich vor Ort ein und stimmen sich somit

nahe der Landwirtschaft in der Region ab. Die neuen Collectieve werden finanziert und übernehmen Verantwortung – und wickeln die Fördermaßnahmen ab. Das entlastet Verwaltung und Landwirte. Dabei ist die Beratung von zentraler Bedeutung: Experten, Wissenschaftler, Collectieve und Verbände vor Ort tauschen sich regional intensiv aus: untereinander und mit den Landwirten vor Ort. ■

SERVICE:

Eine englischsprachige Broschüre erklärt das niederländische System:

„The cooperative approach under the new Dutch agri-environment-climate scheme. Background, procedures and legal and institutional implications“

www.toekomstgbl.nl/wp-content/uploads/LR_95078_Dutch_Agri_Environmentdef.pdf

Mehr Infos auch unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/themen/eler-2014-2020/natur-und-umwelt-im-eler



KONTAKT:
Dr. Jan Freese, DVS
Telefon: 0228 6845-3477

Regionale Wertschöpfung weiterdenken

Neue wirtschaftliche Ansätze bieten Regionen großes Entwicklungspotenzial: Wertschöpfungsketten und Unternehmenscluster können sich zu „Regionalen Wertschöpfungsräumen“ weiterentwickeln.

[VON STEFAN GOTHE, ULF HAHNE UND CHRISTIAN HISS]

Ökologische und politische Veränderungen stellen auch regionale Wirtschaftskreisläufe vor Herausforderungen und beleben die jahrzehntealte Forderung „Anders wirtschaften“. Es gibt viele Ansätze und Konzepte, die das Ziel verfolgen, mehr Sicherheit, Nähe und Transparenz bei der Nahrungsmittelversorgung herbeizuführen: Produzenten-Konsumenten-Kooperationen, Lieferdienste für Lebensmittel von regionalen Höfen und Regionalwährungen zählen ebenso dazu wie die Slow-Food-Bewegung. Drei Viertel der Verbraucher legen Wert auf regionale Herkunft, das ergab der Ernährungsreport des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 2016. Außerdem finden fast 90 Prozent artgerechte Tierhaltung wichtig und rund 70 Prozent befürworten eine bessere Umweltverträglichkeit der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion. Auch zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten fordern eine Umkehr in der landwirtschaftlichen Produktion und bei den Konsumtionsgewohnheiten, um die negativen und externalisierten Folgen der bisherigen Wirtschaftsweise wie den Klimawandel, die Bodendegradation, die Nitratbelastung und den Rückgang der Biodiversität künftig abzuschwächen.

Region = Produzenten + Konsumenten

Es geht also darum, den gesellschaftlichen Wert des Wirtschaftens wieder in den Vordergrund zu rücken: In globalen Märkten sind die Herkunft von Produkten und deren Umwelt- und Sozialkosten oft schwer nachzuvollziehen. Ein vor Ort vermarktender Produzent stellt sich den Fragen und Anforderungen der Konsumenten nach einer sozial und ökologisch vertrauenswürdigen Wirtschaft.

Ausgangspunkt in der Betrachtung der regionalen Wertschöpfungsketten sind bisher die Anbieter. Die Zusammenarbeit an den Schnittstellen der Lieferbeziehungen und innerhalb einer Produktionskette sollen verbessert werden: Die Betriebe schauen, an welchen Stellen der Produktionsprozesse – Planung, Vorleistungsbezug, Produktion, Vertrieb, Logistik oder Vermarktung – sie besser zusammenarbeiten oder auch Cluster bilden können.

Aber auch den Konsumenten muss im Wirtschaftskreislauf mehr Beachtung geschenkt werden. Das ist die Idee regionaler Wertschöpfungsräume: Lokale und regionale Unternehmenscluster werden ergänzt um die Nachfragerseite, die über ihr Kapital die Produktion finanziert. Es geht darum, die Menschen in der Region bedarfsorientiert zu versorgen und gleichzeitig die Verantwortung für die ökologischen, ökonomischen, sozialen und geografischen Bedingungen im Blick zu behalten. So entsteht eine Regionalwertökonomie, bei der beide Seiten, Anbieter und Nachfrager, das nachhaltige Wirtschaften in einer Region aktiv gestalten.

Städte regional versorgen

Berechnungen im Rahmen einer Masterarbeit an der Hamburger HafenCity Universität von 2016 ergaben, dass es möglich ist, eine Metropole wie die Stadt Hamburg aus dem Umland zu ernähren. Auch die Stadt Freiburg hat Anfang 2016 eine Studie veröffentlicht: Etwa 20 Prozent der konsumierten Nahrungsmittel stammen aus der Region. Dabei kamen acht Prozent des konsumierten Obstes aus dem Freiburger Umland und rund 13 Prozent



des Gemüses. Es wäre ein radikaler Schritt, wenn eine Stadt sich auf den Weg machen würde, die Versorgung ihrer Bewohner aus der sie umgebenden Region zu bewerkstelligen. Ein Mehr an regionaler Nahrungsversorgung braucht geeignete Rahmenbedingungen und die dafür notwendige betriebliche und regionale Infrastruktur – und die Menschen müssten aktiv beteiligt werden.

Die „Regionalwert AG Bürgeraktiengesellschaft“ ist aus dieser Vision vor zehn Jahren im Raum Freiburg im Breisgau (siehe LandInForm 3.2009) entstanden. Mittlerweile gibt es weitere in München, Hamburg und Köln und in Berlin/Brandenburg eine Gründungsinitiative. Die Menschen in diesen Wertschöpfungsräumen erhalten die Möglichkeit, Finanzkapital bei der Aktiengesellschaft anzulegen. Dieses Geld wird dann in Betriebe der regionalen Land- und Ernährungswirtschaft investiert, zum Beispiel in landwirtschaftliche Betriebe, Biomärkte und Manufakturen sowie Gastronomiebetriebe. Die AG berät landwirtschaftliche Betriebe bei der Existenzgründung und der Umstellung auf Ökolandbau. Mittlerweile zählen mehr als 20 Betriebe der regionalen ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft in Freiburg zum Netzwerk. Seit 2011 berät die Regionalwert Treuhand UG & Co. KG Initiativen und Regionen in Deutschland und in einigen europäischen Ländern, die das Konzept bei sich umsetzen möchten.

Ein weiterer Ansatz kommt aus Frankreich: Als eigenständiger Teil des dort 2011 gegründeten europäischen Food-Assembly-Netzwerks haben in Deutschland seit 2014 über 30 moderne Bauernmärkte, sogenannte Marktschwärmer, eröffnet. Lebensmittel werden vom Erzeuger zu fairen Preisen direkt an den Verbraucher geliefert. Über eine Online-Plattform können die Menschen Lebensmittel bestellen und bezahlen. Die Bestellungen liefern die Erzeuger einmal in der Woche in die „Schwärmereien“, die vor Ort stundenweise als Bauernmarkt von Gastgebern organisiert werden. Dort lernen sich die Erzeuger und Verbraucher persönlich kennen und kommen über Angebot und Nachfrage, Erzeugung oder regionale Esskultur miteinander ins Gespräch.

Kleinräumig steuern

Um nachvollziehen und steuern zu können, wie sich der regionale Wirtschaftswert entwickelt, muss die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit auf der betrieblichen Ebene wie auch im gesamten Wertschöpfungsraum bilanziert werden. Die Regionalwert AG erfasst ihre Wertvorstellungen und Ziele anhand von über 80 Indikatoren. Die Partnerbetriebe berichten jährlich an die Aktionäre über ihre Arbeit in ökologischer und sozialer Hinsicht. Auch, wie groß der Anteil von regionalen Zulieferern ist, wird betrachtet.

Denn es gilt, die Wirtschaftskreisläufe kleinräumig zu steuern: Die Produktion und der Konsum des Eigenbedarfs sollen einbezogen werden – eine Idee mit historischen Vorbildern aus dem früher üblichen kleinräumigen Wirtschaften. Sie erlebt gegenwärtig in „Prosumentengemeinschaften“ wie den Marktschwärmern, sozialen Landwirtschaften und Genussrechten eine Renaissance und spielt etwa im Bereich der erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle. Vielfach können Nahrungsmittel und Rohstoffe in Regionen selbst erwirtschaftet werden und kleinräumigere wirtschaftliche Einheiten mit größerer Autonomie und Souveränität als heute sind möglich. Zudem lässt sich das Finanzkapital in der Region gewinnen: Insbesondere in den Bereichen Nahrungsmittelproduktion, Wohnen und Energieerzeugung entstehen zunehmend Bürgergenossenschaften und Bürgeraktiengesellschaften.

Damit sich eine Region zum Wertschöpfungsraum entwickelt, muss eine genügend große Anzahl von Netzwerkpartnern zusammenwirken, also von Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen, Dienstleistern, öffentlichen Institutionen und Konsumenten. Ein Erfolgsfaktor ist dabei die räumliche Nähe: Interaktionskosten können gespart und Vertrauensdividenden aufgebaut werden. Daraus resultierende Synergieeffekte können die beteiligten Unternehmen in Wettbewerbsvorteile umsetzen. Der einzelne Wertschöpfungsraum ist kein geschlossenes System. Er hat durchlässige Grenzen, um einen Warenfluss zwischen verschiedenen Räumen zu ermöglichen. Er ist souverän – nicht autark. ■



KONTAKT:
Stefan Gothe
Kommunare – Institut für
die Nachhaltige Regional- und
Organisationsentwicklung
Telefon: 0228 9212352
stefan.gothe@kommunare.de

Prof. Dr. Ulf Hahne
Universität Kassel
Ökonomie der Stadt- und
Regionalentwicklung
Telefon: 0561 804-3076
hahne@uni-kassel.de

Christian Hiß
Regionalwert AG Freiburg
Telefon: 07641 9592615
hiss@regionalwert-ag.de

Bei der gemeinsamen Veranstaltung von DVS, Deutschem Bauernverband und ExpertenDialog mit dem Titel „Mehr Biodiversität in der Agrarlandschaft – was tun?“ diskutierten Fachleute Anfang April 2017 mit Moderator Dr. Ludger Schulze Pals (Mitte).



Biodiversität im Dialog

Was verbindet Vertreter eines Chemiekonzerns, von Verwaltungsbehörden, von Natur- und Umweltschutzorganisationen und Landwirte beim Thema biologische Vielfalt? Sie arbeiten beim „ExpertenDialog Biodiversität und Landwirtschaft“ gemeinsam daran, dass Biodiversität in der Praxis stärker berücksichtigt wird.

[VON MARKUS RÖSER]

Die Anforderungsliste mit behördlichen Auflagen und gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft ist heutzutage lang. Vor allem Umwelt- und Naturschutzaspekte spielen eine immer größere Rolle. Von einer modernen Landwirtschaft wird erwartet, dass sie die Biodiversität fördert – dies wurde durch die Reform der EU-Agrarförderung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) breit in der landwirtschaftlichen Praxis verankert. Die Herausforderung ist es, die gesetzlichen Vorgaben in der Praxis umzusetzen. Genau das ist im landwirtschaftlichen Alltag nicht immer einfach.

Großes Spektrum

Wie lässt sich die Biodiversität inmitten einer produktiven Landwirtschaft unterstützen? Das Mittel des global agierenden Chemiekonzerns BASF ist ein konstruktiver und kooperativer Dialog: Die Mitglieder des 2014 von ihm ins Leben gerufenen ExpertenDialogs sind aktive Landwirte sowie Vertreter aus Industrie, Behörden, Wissenschaft und Verbänden. Sie blicken sowohl aus der Perspektive der Forschung, Politik und Verwaltung als auch der Beratung, Landwirtschaft und Industrie sowie dem Natur- und Umweltschutz auf das Thema. Rund 30 Mitglieder zählt das Gremium, das drei bis vier Mal im Jahr zusammenkommt. Sie diskutieren über neue Denkanstöße und über wirksame Maßnahmen. Und es geht ihnen um die Frage, wie man diese Ideen in der Praxis umsetzen kann. In die Diskussion fließen die Ergebnisse laufender Biodiversitätsprojekte mit ein: beispielsweise Erfahrungen des 53 Betriebe umfassenden „FarmNetzwerks Nachhaltigkeit“ der BASF, der Biodiversitätsbetriebe der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und des Julius Kühn Instituts.

Seit zwei Jahren moderiert die Michael Otto Stiftung für Umweltschutz den ExpertenDialog. Sie hat im Januar 2017 das Dialog- und Demonstrationsprojekt F.R.A.N.Z. (Für Ressourcen, Agrarwirtschaft & Naturschutz mit Zukunft) gestartet. Dabei erproben Landwirte auf zehn Demonstrationsbetrieben gemeinsam mit Naturschützern Maßnahmen, die dem Naturschutz dienen, gleichzeitig

praxistauglich und betriebswirtschaftlich tragfähig sein sollen – und bringen diese Erfahrungen in den ExpertenDialog ein.

Rahmenbedingungen ändern

Gemeinsame Kernaussagen sind: Nur wenn es gelingt, effektive und effiziente Maßnahmen zur Biodiversitätsförderung aus der ersten und zweiten Säule der GAP in die landwirtschaftlichen Betriebsabläufe zu integrieren, kann die Artenvielfalt auf landwirtschaftlichen Flächen messbar gefördert werden. Das geht nicht ohne engagierte Landwirte und eine fachlich fundierte Beratung im Dialog mit dem Naturschutz. Matthias Gerber, Biodiversitäts-Experte von der BASF, hat dabei die Perspektive der Landwirte im Blick: „Ideen vom grünen Tisch, die praktikabel sind, werden schneller in der Fläche umgesetzt.“

Der ExpertenDialog setzt sich im Austausch mit externen Dialogplattformen fort: mit breit verankerten, gemeinsamen Forderungen zur Umgestaltung der GAP. Damit steigt die Chance, das Greening in der nächsten Förderperiode zielorientiert und kooperativ auszugestalten und mit den Agrarumweltmaßnahmen sinnvoll zu verbinden. „Wir nutzen unsere prominente Stellung, um zwischen unterschiedlichen Positionen und unterschiedlichen Akteursgruppen Brücken zu schlagen. Nur wenn wir miteinander und nicht übereinander reden, können wir in der Sache vorankommen“, sagt Stephan Zirpel, Geschäftsführer der Michael Otto Stiftung. Es ist geplant, den ExpertenDialog als Runden Tisch zur verstetigen. ■

Foto: BASF SE



KONTAKT:
Stephan Zirpel
Michael Otto Stiftung für Umweltschutz
Telefon: 040 6461-6452
www.michaelottostiftung.org

angelesen



Energiewende durch Bottom-up

Welche Faktoren sind wichtig, damit von Bürgern getragene Energieprojekte innovativ und erfolgreich sind? Und wie verbreiten sich neue, nachhaltige Ansätze? Diesen Fragen gehen die Autoren des Buches aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive nach. Dazu untersuchen sie drei Bürgerinitiativen: die Elektrizitätswerke Schönau eG, die Solarkomplex AG und das Solardorf Binse. Anhand von Interviews sowie Analysen von Literatur und verschiedenen Medien der Initiativen arbeiten sie zehn Erfolgsfaktoren für den Wandel heraus. Eine zentrale Rolle spielen personengebundene Faktoren: charismatische Persönlichkeiten, die innovative Ideen beharrlich verfolgen, sich gut ergänzen und über ausgeprägte Kommunikationsfähigkeiten verfügen. Aber auch das Vertrauen gegenüber den Akteuren und der Initiative sind wichtig, um Mitstreiter zu finden. Neben diesen menschlichen Aspekten brauchen Pionierprojekte einen innovativen Charakter. Er spiegelt sich in Vorzeigeprojekten, einem gewissen Grad der Professionalisierung und ausgeprägten Netzwerkstrukturen wider. Zudem beeinflussen externe Faktoren den Erfolg innovativer Projekte – bei den untersuchten Beispielen waren etwa die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima. Auch Förderprogramme wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz liefern Anreize und die Haltung politischer Entscheidungsträger kann vor allem in der Startphase innovative Projekte fördern – oder hemmen. Die Studie gibt dem Leser Einblicke in die Strukturen der drei Fallbeispiele. Damit ist die Analyse hilfreich für andere Pioniere und die, die es noch werden wollen: Sie kann dabei helfen, die eigenen Strukturen zu analysieren und einzuordnen. [stm]

Martin David, Sophia Schönborn:
Die Energiewende als Bottom-up Innovation. Wie Pionierprojekte das Energiesystem verändern, 2016, Oekom Verlag, München, 137 Seiten, 24,95 Euro

ISBN: 978-3-86581-790-7



Neuland gewinnen – Zukunft gestalten

Mit dem Wandel der Landwirtschaft verändert sich auch die über Jahrhunderte gewachsene Kultur auf dem Land. Auf die sich ändernden Lebensumstände muss jeder Mensch vor Ort reagieren. Um die konkreten Herausforderungen aber zu gestalten, sind Akteure vonnöten, die sie mit neuen Ideen und Einsatz angehen. Solche sogenannten Vor-Ort-Pioniere sind die Preisträger des Programms „Neulandgewinner“ der Robert Bosch Stiftung. Das Buch sucht und gibt Antworten auf die Frage, wer diese Menschen sind, was sie antreibt und welche Ideen sie für ein neues Miteinander vor Ort haben. Es zeigt auf, was Vor-Ort-Pioniere benötigen, auf welche Ressourcen sie zugreifen und was sie tun, um das Landleben zu organisieren. Und es thematisiert, welche Schwierigkeiten sie haben und welche Unterstützung sie benötigen. 24 Neulandgewinner stellen in diesem Buch ihre Projekte vor und geben einen Einblick in deren Entwicklungsprozess: von der erfolgreichen Einrichtung eines Dorfladens über die Umnutzung leerstehender Gebäude bis zur Einführung einer regionalen Schülerwährung. Aber auch oder gerade aus gescheiterten Projekten können viele Erkenntnisse gezogen werden: Deshalb stellen die Autoren Ideen vor, die aus unterschiedlichen Gründen gescheitert sind oder nicht den gewünschten Erfolg erzielen konnten. „Neuland gewinnen“ handelt von Menschen, die sich auf die Suche nach der Zukunft auf dem Land gemacht haben. Sie zeigen, was alles möglich ist, wenn man selbst aktiv wird. Jeder, der sich auf dem Land engagiert, mit dem Gedanken spielt, dies zu tun, oder einfach Interesse am Leben auf dem Land und ländlichen Räumen hat, wird in diesem Buch neue Erkenntnisse gewinnen und Ideen für die eigene Arbeit mitnehmen. [mok]

Siri Frech, Babette Scurrall, Andreas Willisch (Hrsg.):
Neuland gewinnen. Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten, 2017, 272 Seiten, Ch. Links Verlag GmbH, 25,00 Euro

ISBN: 978-3-86153-949-0

LESERBRIEF

Zu: „Die Position: Muss es immer Tourismus sein?“, LandInForm 1.17, Seite 49

Ich bin gebürtiger Prignitzer und meinem Landstrich naturgemäß verbunden. Trotzdem meine ich, bei allem Lokalpatriotismus, dass es im Land Brandenburg und erst recht in Deutschland wesentlich tourismusträchtigere Gegenden gibt. Fremdenverkehr kann meines Erachtens auch nur ein Erwerbszweig von vielen sein. Ökologischer Landbau, Vorzeigehöfe und Betriebe, die landwirtschaftliche Produkte weiterverarbeiten, sollten stärker in das Aktionsfeld der Landespolitiker und der Akteure auf Kreisebene treten. Gute Ergebnisse wurden für die Prignitz in der Vergangenheit schon erzielt; dieses Feld sollte weiter beworben und ausgebaut werden. Beispielhaft stehen für diese Entwicklung die „Wirtschaftsinitiative Westprignitz e.V.“ und die Agrargenossenschaft Quitzow. Leider gibt es aber auch negative Entwicklungen. Die „Ländliche Erwachsenenbildung e.V.“ (LEB) mit ihrer

bisherigen Bildungsstätte stehen beispielhaft dafür. Die LEB hat zum Ziel, Bildung bis in die kleinen ländlichen Gemeinden hinein anzubieten, frei nach dem Motto, wenn der Kunde nicht zu uns kommen kann, kommen wir zum Kunden. Die LEB hatte bisher eine Bildungsstätte in Quitzow. Diese ist geschlossen und nach Wittenberge verlegt worden. Das wirkt sich für die Idee „Bildung aufs Land“ kontraproduktiv aus. Aus eigenem Erleben heraus weiß ich, dass durchaus Bedarf besteht. Ich könnte mir vorstellen, mobile Bildungsstätten, zum Beispiel einen Omnibus ins Leben zu rufen, gewissermaßen ein fahrendes Klassenzimmer, um nah am „ländlichen“ Menschen zu bleiben. Wäre dies nicht ein lohnendes, zeitgemäßes Projekt?
» Georg Emmermann, Landkreis Prignitz, Brandenburg

LESERBRIEF

Zu: „Selbstbestimmt zu Hause alt werden“, LandInForm 4.16

Bei Betrachten der Titelseite fällt auf, dass Sie das Bild einer verbissenen älteren Frau gewählt haben, das offensichtlich repräsentativ für die ländlichen Räume in unserem Land gilt. Auf weiteren Ausgaben sind zwei Kühe in einem leeren Stall und ein von oben dargestelltes Kind (kein freundliches Gesicht, offensichtlich allein gelassen) zu sehen. Als Bürgermeister einer vom Strukturwandel auf dem Land erheblich betroffenen Gemeinde im Landkreis Augsburg bin ich der festen Überzeugung, dass das Leben auf dem Land Zukunft hat, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen werden und die Verantwortlichen bereit sind, etwas dafür zu tun. Dabei sind Darstellungen wie oben angesprochen alles andere als hilfreich. Gleichzeitig muss ich feststellen, dass ganz allgemein die bildhafte Darstellung des ländlichen Raums kaum über satte Wiesen, weidende Kühe, blauen Himmel und grüne Wälder hinausgeht.

Ich wünsche mir, dass die Darstellung von Beispielen für die besonderen Vorzüge des Lebens auf dem Land mit anschaulichen, attraktiven Bildern erfolgt. Ich stelle mir Menschen vor, denen anzusehen ist, dass sie sich wohlfühlen, interessante Örtlichkeiten und innovative Entwicklungen mit Zukunftsperspektive. Dabei gilt der alte Grundsatz: „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte!“
» Bernhard Walter, 1. Bürgermeister von Altenmünster, Bayern



Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion



DIE POSITION

Ohne Digitalisierung keine Wirtschaft

Madeleine Früh leitet die Geschäftsstelle des Mittelstandsverbandes Unternehmen für die Region e.V.

”

KMUs bilden in vielen Regionen Deutschlands als Hauptarbeitgeber die ökonomische Basis für ein lebenswertes Umfeld.“

Deutschland steht – vor allem durch seine mittelständischen Unternehmen – wie kein anderes Land für dezentrale Prosperität und lebt ökonomisch und kulturell von seinen ländlichen Regionen. Sie bergen ein enormes Zukunftspotenzial in sich, denn sie sind Energieerzeuger, Nahrungsmittellieferant und eben auch Standort der meisten kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs). Aber wenn diese KMUs, die das viel beschworene Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden, die Digitalisierung verpassen, haben sie morgen möglicherweise keinen Markt mehr.

Vor allem in strukturschwächeren Regionen zeigen sich die Auswirkungen der Digitalisierung schon deutlich: Der Einzelhandel stirbt und damit auch die Dienstleistungen und viele Arbeitsplätze, die sich um diesen Nukleus bilden. Junge Familien wandern folglich in die Städte ab und die Regionen verarmen und vergreisen, die ländliche Wirtschaft kommt zum Erliegen.

Eine Lösung, um diesem Problem entgegenzuwirken, können KMUs sein, die sich mit den Chancen der Digitalisierung beschäftigen. Der Mittelstand kann hier ein Haupttreiber sein, da er in der Fläche stark vertreten und regional vernetzt ist. KMUs bilden in vielen Regionen Deutschlands als Hauptarbeitgeber die ökonomische Basis für ein lebenswertes Umfeld. Sie können im Rahmen der Digitalisierung ihre regionale Leistungsfähigkeit verbessern und damit auch die eigenen Chancen im Markt.

Für KMUs ist es aber oft schwer, sich mit Trends zu beschäftigen, da sie ohnehin schon chronisch überlastet sind. Was Unternehmen an dieser Stelle hilft, sind Netzwerkmodelle, die inspirieren und zum Mitmachen anregen. So macht es sich etwa die Initiative „Digitale Region“ zur Aufgabe, Regionen zu einem Transformationsprozess zu motivieren. Die Teilnahme an solchen Initiativen ist essenziell, denn Mitmachen ist der beste Weg, um unsere ländlichen Regionen und Ressourcen aktiv zu gestalten und zu erhalten.

Unternehmen für die Region e. V. ist das bundesweite Netzwerk für den engagierten Mittelstand in der Region. Hier arbeiten Einzelpersonen, Unternehmer, ihre Mitarbeiter, Kommunen, Stiftungen, Vereine, Netzwerke und Bürger an lebenswerten und leistungsfähigen Regionen. Der Verein macht mittelständisches Engagement wirksam, übertragbar und sichtbar.

www.unternehmen-fuer-die-region.de

angekündigt

Startsocial – Hilfe für Helfer

Mit diesem bundesweiten Wettbewerb will der Verein „startsocial“ ehrenamtliches soziales Engagement fördern. Im Vordergrund steht der Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und sozialer Projektarbeit: Startsocial e. V. vergibt jährlich 100 viermonatige Beratungsstipendien an Projekte, die sich dafür einsetzen, ein soziales Problem zu lösen und dabei freiwillige Helfer einbinden. Zudem werden sieben herausragende Initiativen mit einem Geldpreis von insgesamt 35 000 Euro pro Jahr unterstützt. Die Bewerbungsfrist endet am 30. Juni 2017.

[arh]

www.startsocial.de

LandKULTUR – Projekte zu Kultur und kultureller Teilhabe gesucht

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft fördert im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) Modell- und Demonstrationsvorhaben, die dazu beitragen, kulturelle Aktivitäten und kulturelle Teilhabe auf dem Land voranzubringen. Dabei können die Schwerpunkte der Projekte von bildender, angewandter und darstellender Kunst über Literatur und Musik bis zum Thema kulturelles Erbe reichen. Als erster Schritt eines zweistufigen Antragsverfahrens müssen bis zum 31. Juli 2017 Projektskizzen beim Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung in der BLE eingereicht werden.

[arh]

www.ble.de > projektfoerderung

Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten

Das Bundesinnenministerium will vorbildliche kommunale Integrationsprojekte fördern. Um Kommunen bei ihren Initiativen für ein besseres Miteinander von Zuwanderern und aufnehmender Bevölkerung zu unterstützen, stellt es Preisgelder von insgesamt einer Million Euro bereit: Die prämierten Konzepte von Städten, Gemeinden und Landkreisen sollen der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden und zur Nachahmung anregen. Seit dem 12. Juni 2017 und bis zum 31. Dezember 2017 können sich alle deutschen Landkreise, Städte und Gemeinden bewerben.

[arh]

www.kommunalwettbewerb-zusammenleben.de

Werkstatt Vielfalt

Die Robert Bosch Stiftung und die Stiftung Mitarbeit unterstützen Projekte, die Brücken zwischen unterschiedlichen religiösen, kulturellen oder sozialen Lebenswelten von jungen Menschen bauen und sich dadurch für ein gegenseitiges Verständnis und gesellschaftliches Miteinander stark machen. Es werden insgesamt 7 000 Euro bereitgestellt, um Projekte für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten bis maximal zwei Jahren zu fördern. Bewerbungsschluss ist der 15. September 2017.

[arh]

www.mitarbeit.de/werkstatt_vielfalt.html

Deutschland summt!

Die Stiftung Mensch und Umwelt will mit einem Wettbewerb dazu anregen, Futterplätze für Bestäuberinsekten anzulegen und so insbesondere die rund 650 deutschen Wildbienenarten unterstützen. Unter dem Motto „Wir tun was für Bienen!“ sind Gruppen ab drei Personen dazu aufgerufen, Blühflächen mit mindestens 50 Prozent heimischen Futterpflanzen anzulegen und ihre Aktivitäten und Erfolge vorzustellen. Dabei werden auch Geldpreise in verschiedenen Kategorien vergeben, für Vereinsgärten, Gärten von Schulen und Kitas sowie kommunale Flächen. Die letzte von insgesamt drei Etappen des Wettbewerbs ist das sogenannte „Sommersummen 2017“ vom 1. Juli bis zum 31. August 2017.

[arh]

<https://wir-tun-was-fuer-bienen.de>

Wandel durch Innovationen

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung startet ein neues Förderprogramm: „WIR! Wandel durch Innovationen in der Region“ richtet sich an strukturschwache Regionen in Ostdeutschland und unterstützt vor allem strategische Kooperationen von Hochschulen und Forschungsinstituten mit kleinen und mittleren Unternehmen. Bis 2019 stehen im Rahmen einer Pilotphase insgesamt 150 Millionen Euro zur Verfügung, ab 2020 soll das Programm für Regionen in ganz Deutschland geöffnet werden.

[arh]

www.unternehmen-region.de > Suche „Wir!“

Wir wollen besser werden

Ihr Einverständnis vorausgesetzt

Liebe Leserinnen und Leser der Zeitschrift LandInForm,

wir möchten unseren Vertrieb verbessern und stellen dazu unseren Versand um: Wir wollen zukünftig externe Dienstleister damit beauftragen, die Versandadressen für den Postversand aufzubereiten und die Zustellung zu verfolgen. Dazu benötigen wir Ihr Einverständnis.

Dabei gelten die Datenschutzbestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes sowie des Telemediengesetzes. Weitere Informationen zum Datenschutz in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) finden Sie unter: www.ble-medien-service.de/datenschutz

Wozu wir Ihre Daten nutzen

Wir erfassen und speichern die in der Einverständniserklärung angegebenen personenbezogenen Daten für ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift LandInForm. Für den Versand fragen wir die Adressdaten ab und geben sie an externe Dienstleister weiter, die sie mit einer Sendungskennung für den Versand als Postzeitung versehen. Dadurch können Versandkosten gespart werden und es ist möglich, zurückzuverfolgen, wenn Sendungen unzustellbar sind. Langfristig soll ein externer Dienstleister neue Daten erfassen und bestehende Daten pflegen.

Auf www.land-inform.de geben wir an, mit welchen Dienstleistern wir aktuell zusammenarbeiten.

Für Zielgruppenanalysen sowie zur Selbstevaluierung fragen wir regelmäßig unser Abonentenspektrum ab: Dabei helfen uns Ihre Angaben zum Tätigkeitsbereich. Die Abfragen werden anonymisiert.

Die DVS bietet Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen: Wenn Sie damit einverstanden sind, weisen wir Sie auf Veranstaltungsangebote hin.

Bitte senden Sie uns Ihre Einverständniserklärung unterschrieben zurück. Für unsere Abonnenten haben wir der aktuellen Ausgabe dafür einen frankierten Rückumschlag sowie ein Formblatt beigelegt. Neben dem klassischen Brief sind ein Fax und eine E-Mail mit einer qualifizierten elektronischen Signatur an info@ble.de datenschutzrechtlich zulässig.

Vielen Dank!

PS: Wenn uns keine Einverständniserklärung vorliegt, müssen wir die entsprechenden Abonnements löschen.



LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplare.

- Ich möchte den kostenlosen Newsletter landaktuell abonnieren (Bitte E-Mail-Adresse angeben).
 Ich möchte über Veranstaltungen der DVS informiert werden (Bitte E-Mail-Adresse angeben).

Einverständniserklärung

- Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt.

Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name

Institution

Ggf. LAG-Name (LEADER)

Postanschrift

Telefon E-Mail

Funktion des Abonnenten Arbeitsfeld der Institution

Unterschrift

bitte
freimachen

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
 Deichmanns Aue 29
 53179 Bonn

Im Fokus unserer nächsten Ausgabe: Ländlicher Raum 4.0



Termine

3. und 14. Juli	Regional vernetzt – gemeinsam stark Zukunftswerkstätten des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung im Landkreis Elbe-Elster sowie im Landkreis Tischenreuth	www.bmel.de > attraktive ländliche Regionen
4. und 5. Juli	Grünland nutzen, Milch und Fleisch vermarkten ✳ Transferbesuch Infos auf Seite 11	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/gruenland
17. Juli	Auf dem Weg zu sorgenden Gemeinschaften – Caring Communities ✳ Tagung des Verbands Katholisches Landvolk in Grünsfeld-Zimmern	www.landvolk.de
26. bis 27. September	EIP-Agri & Horizon 2020 – den Brückenschlag gestalten ✳ Tagung im Kiel	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip-horizon2020
28. und 29. September	Selbstevaluierung in LEADER ✳ Workshop in Magdeburg Infos auf Seite 10	DVS www.netzwerk-laendlicher-raum.de/selbstevaluierung

Weitere Termine finden Sie in unserem Terminkalender auf: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon von Mele



PERSONALMANGEL? ACH WAS, IRGENDWIE MUSS MAN DIE RENTE DOCH...